

**Deputationsvorlage
für die Sitzung der Deputation für
Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L/S)
am 09.10.2014**

**Inanspruchnahme der Planungsreserve nach § 7 der Haushaltsgesetze
für eine konsumtive Minderausgabe sowie Lösung der eigenen
Haushaltsrisiken gem. Senatsbeschluss vom 30.09.2014**

A. Problem

1. Anlässlich der Beratung zum Halbjahresergebnis des Budget-Controllings hat der Senat zur Sitzung des Senats am 30. September 2014 ein Konzept zur Lösung der Haushaltsrisiken 2014 sowie einen Verfahrensvorschlag für die haushaltsmäßige Umsetzung beschlossen.

Danach ist mit der Inanspruchnahme der Planungsreserve nach § 7 der Haushaltsgesetze eine konsumtive Minderausgaben in Höhe von 9,0 Mio. € für das Jahr 2014 zu erbringen. Die Ressorts müssen anteilige Kürzungsbeträge haushaltsstellengerecht nachweisen. Als Verteilungsschlüssel für die Umlage wurde ein vereinbartes Quotenmodell herangezogen. Für das Ressort SUBV ist ein Einsparbetrag in Höhe von 2,1 Mio. € zu erbringen.

2. Im eigenen Ressorthaushalt von SUBV wurden im Rahmen des Produktgruppen-Controllings ebenfalls Haushaltsrisiken (vgl. Depu-Vorlage 18/431 (L/S)) benannt. Ein Risiko über 3,2 Mio. € aus der getrennten Abwassergebühr konnte insofern geklärt werden, dass eine Belastung erst ab 2015 von bis zu 0,8 Mio. € p.a. erwartet werden muss.

Die Mindereinnahmen aus Werberechten können dieses Jahr bis zu 3,6 Mio. € betragen. Gemäß obigem Senatsbeschluss werden diese Mindereinnahmen wie im Vorjahr als Verlustvortrag fortgeschrieben und die Liquidität über Zinsminderausgaben des Gesamthaushaltes gedeckt.

Für 2014 sind Haushaltsrisiken bei SUBV von bis zu 1,5 Mio. € verblieben:

a) Umweltbetrieb Bremen

Die einzelnen Sparten von UBB finanzieren sich aus Entgelten, Gebühren und/oder Haushaltszuweisungen. Die haushaltsfinanzierten Sparten wie Grün und Straßen sind defizitär. So lag das kumulierte negative Ergebnis in 2013 in der Sparte Grün bei rd. 0,2 Mio. € und in der Sparte Straße bei 1,1 Mio. €. Der Betrieb prognostiziert für 2014 einen Mehrbedarf von bis zu 1,3 Mio. €, der sich insbesondere auf Tarifsteigerungen (0,3 Mio. €), ATZ-Rückstellungen (0,43 Mio. €) und weitere Mehrausgaben im Außenbereich beziehen soll.

In Rücksprache mit der Senatorin für Finanzen kann gemäß obigem Senatsbeschluss nach Auflösung der allgemeinen Tarifvorsorge das Risiko um rd. 0,61 Mio. € reduziert werden, so dass ein Restrisiko von bis 0,69 Mio. € verbleibt.

b) Erwartete Mindereinnahmen Baugebühren

Die erwarteten Einnahmen aus Baugebühren von 5,1 Mio. € liegen in der Prognose um rd. 0,4 Mio. € unter Plan. Die Einnahmen – wie auch der Haushaltsanschlag - haben sich in den vergangenen Jahren stetig nach oben entwickelt, so dass die aktuelle Entwicklung nicht im Widerspruch zu der sehr guten Baukonjunktur steht. Die hohen

Einnahmen aus dem Vorjahr sind dagegen auf einen Sondereffekt zurückzuführen (Gebührenerhebung für ein Großbauvorhaben bei der Daimler AG).

c) Mindereinnahmen an Verwaltungsgebühren bei GeoInformation

Bei GeoInformation wird im Rahmen der Digitalisierung des Liegenschaftswesens der Länder und Kommunen in diesem Jahr eine neue Software (ALKIS) eingeführt.

Die Migration der Daten aus den Altsystemen zu ALKIS dauert mehrere Wochen. In dieser Zeit können Aufträge nicht bearbeitet werden, weil in dieser Phase das neue System nur eingeschränkt zur Verfügung steht. Im Rahmen der Produktivsetzung werden die angestrebten Gebühreneinnahmen voraussichtlich nicht vollständig nachgeholt, zumal die Anschläge im vergangenen Jahr nur knapp erreicht wurden. Es wird mit Mindereinnahmen in Höhe von bis zu 0,4 Mio. € gerechnet.

B. Lösung

Die zu lösenden Finanzierungsprobleme für die globale konsumtive Minderausgabe von 2,1 Mio. € und die erwarteten eigenen Haushaltsrisiken von rd. 1,5 Mio. € betragen insgesamt bis zu 3,6 Mio. €. Sie sollen über Einsparungen bei folgenden Haushaltsstellen erbracht werden, unter Berücksichtigung der tatsächlichen Einnahmeentwicklung und der Situation des UBB. Letzteres bedeutet auch die Aktualisierung der Stundensätze und die Vorlage einer Leistungsbeschreibung für 2015.

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Anschlag 2014 in €	Einsparbeitrag in €
0627/521 12-0	Außergewöhnliche Unterhaltungsarbeiten Geestesperrwerk Bremerhaven	284.000	281.850
3687/634 10-0	Konsumtive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Verkehr (ASV)	47.320.000	500.000
3681/634 11-7	Konsumtive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur / Wohnungsbau (Grundstücke)	400.000	300.000
0697/681 98-1	Allgemeines Wohngeld an Empfänger in Bremen oder allgemeine Budgetrücklage	8.500.000	1.000.000
	Allgemeine Budgetrücklage		1.518.150
	Summe		3.600.000

Die geplanten Tore für das Geestesperrwerk Bremerhaven werden nicht mehr erneuert, so dass die Mittel aktuell nicht mehr benötigt werden. Des Weiteren können die Zuweisungen an das SV Infra wegen eines verzögerten Mittelabflusses reduziert werden. Die Anträge auf Wohngeld sind seit der letzten Gesetzesreform stark gesunken, so dass Ausgaben aus Landesmitteln in Höhe von 1 Mio. € verfügbar sind. Da die Wohngeldmittel mit einem Sperrvermerk versehen sind, wird mit der Senatorin für Finanzen aktuell noch erörtert, ob diese Minderausgabe oder die Entnahme aus der allgemeinen Budgetrücklage für die Einsparung eingesetzt wird. Die restlichen rd. 1,52 Mio. € werden durch die Entnahme aus der Budgetrücklage finanziert; die dazu notwendige Liquidität wird im Rahmen des Ressorthaushaltes durch ein Liquiditätsmanagement gedeckt.

C. Beschlussvorschlag

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L/S) stimmt den vorgeschlagenen Einsparungen zu der Inanspruchnahme der Planungsreserve nach § 7 der Haushaltsgesetze für eine konsumtive Minderausgabe sowie der Lösung der eigenen Haushaltsrisiken zu.